
Das christliche Menschenbild in der Programmatik der CDU (1945–2010)

Rudolf Uertz

Das *Christliche* als Parteiname und Leitidee ihrer Programmatik ist das besondere Markenzeichen der CDU. Das „C“, wie heute die christliche Konnotation der CDU verkürzt genannt wird, ist aber von jeher auch Stein des Anstoßes gewesen. Dabei waren sich schon die Parteigründer im Klaren, dass die Orientierung der Partei am Christentum im säkular-pluralistischen Gemeinwesen eine besondere Herausforderung darstellt.

Die CDU-Gründer waren keine Missionare oder gar religiöse Fundamentalisten. Der christliche Glaube stand keineswegs im Widerspruch zu rationalem Kalkül und taktischem Geschick im politischen Raum, wofür nicht zuletzt Konrad Adenauer ein Beispiel ist. Er war bekennender Katholik, grundsatzorientiert, zugleich erfolgreicher Politiker und Staatsmann. Ein deutsches Magazin brachte dies zum Ausdruck: Adenauer ist praktizierender Christ, aber man kann sich diesen Mann nur schwer im Beichtstuhl vorstellen. Man fragt sich: Warum setzte sich die Partei trotz der abzusehenden Probleme mit ihrem „C“ einem solchen Unterfangen aus – gewissermaßen als „Stachel im Fleisch des Säkularismus“, wie es ein evangelischer CDU-Politiker ausdrückte?

Offenbar müssen die Vorteile, die das *Christliche* bot, größer gewesen sein, als die Nachteile wie etwa kirchliche Einflüsse, Distanz zu nichtchristlichen Bürgern, das Ausbarieren von politischen und glaubensmäßigen Ansprüchen u. a. m. Es müssen dann aber wohl in größeren Teilen des politischen Spektrums und der Wählerschaft ein bestimm-

tes Grundverständnis und gar Sympathie für eine an religiös-ethischen Normen orientierte Politik und Partei geherrscht haben. Dafür spricht im Übrigen, dass sich die CDU – obwohl sie nach 1945 die einzige neue Parteiformation darstellte – rasch zu etablieren vermochte und schon bald nach der Gründung größere Wahlerfolge verzeichnen konnte. Schließlich ist die Union die einzige politische Kraft, die 1957 in einer Bundestagswahl die absolute Mehrheit errungen hat.

Die Säkularität des Gemeinwesens und die Verpflichtung des Staates zu weltanschaulicher Neutralität waren offenbar grundsätzlich für große Teile der deutschen Gesellschaft kein Hindernis, einer christlich-demokratischen Partei ihre Stimme zu geben und ihr die Regierungsverantwortung anzuvertrauen. Das lässt darauf schließen, dass die Gründung der Union, wie es der CDU-Mitbegründer in Berlin, Jakob Kaiser, formulierte, gewissermaßen „in der Luft lag“:¹ Sie entsprang der im Nachkriegsdeutschland in der Bevölkerung weit verbreiteten moralisch-politischen Grundhaltung, dass das Christentum und die christliche Ethik diejenigen Grundwerte und sittlichen Normen verkörperten, die der Nationalsozialismus mit Füßen getreten hatte.

Insofern scheint es verständlich, dass die führenden CDU-Politiker trotz der schon in den Gründerkreisen bedachten Einwände, die gegen die religiös-christliche Festlegung der Partei sprachen, sich dennoch für die christlich-demokratische, interkonfessionelle Volkspartei entschieden. Noch im Rückblick ist gut nachvollziehbar, dass die CDU in der Gründungs- und Konsolidierungsphase ihre Orientierung am Christentum und an der christlichen Ethik „relativ unproblematisch genommen“ hat (Paul Mikat).² Aber das Selbstverständnis, mit dem in der Frühzeit der CDU und weit darüber hinaus die christliche Werteorientierung aufgenommen wurde, schwand mit der Zeit. Als Faktoren der Veränderungen werden gerne die gesellschaft-

lichen Umbrüche in den 1960er Jahren und der Wertewandel in der Bundesrepublik angeführt. Aber diese Theorie greift zu kurz. Der Wertewandel ist keineswegs ein Phänomen, das lediglich von außen auf die gesellschaftlich-politischen Institutionen einwirkte; vielmehr setzen die Faktoren, die zu einer modifizierten Umschreibung und stärkeren Problematisierung des „C“ in der CDU-Programmatik führte, mitten im vorpolitischen Raum, im kirchlichen Milieu an.

Der zunächst so selbstverständlich erscheinende Rückgriff der Partei auf die christliche Sozialethik wurde 1958 in einer Münchener Tagung der Katholischen Akademie in Bayern kontrovers diskutiert. Das Besondere daran ist: Es sind hochrangige katholische Theologen und Sozialethiker, die die Frage des Verhältnisses von christlicher Sozialethik und Politik und demokratischem Sozialismus mit führenden Vertretern der SPD erörtern. Die Tagung wird zu einem Fanal. Das „C“ droht seine Rolle als Alleinstellungsmerkmal der Unionsparteien einzubüßen, mit der Folge, dass sich die Christen beider Kirchen verstärkt auch in anderen demokratischen Parteien engagieren.

Davon handelt der folgende Beitrag. Der erste Teil führt zurück in die Gründungsphase der CDU und die philosophisch-theologischen Diskussionen um die grundsatzprogrammatische Orientierung am „C“. Der zweite Teil handelt von den politischen Kontroversen um das christliche Menschenbild bzw. die christliche Weltanschauung, kurz: das „C“. Der dritte Teil widmet sich der Neuorientierung der CDU-Grundsatzprogrammatik seit den 1970er Jahren, während sich der vierte Teil der Betrachtung des „C“ in der Grundsatzprogrammatik der CDU seit den 1970er Jahren widmet.

1. Die CDU-Programmatik in der Gründungs- und Konsolidierungsphase

Wie kam es überhaupt zur Gründung christlich-demokratischer Parteien nach 1945? Katholiken und Protestanten schufen 1945 gemeinsam die interkonfessionelle Union. Ein großer Teil der Mitglieder der frühen Gründerkreise waren Verfolgte des Regimes, waren als Beamte oder Angestellte ihrer beruflichen Stellung beraubt worden, hatten 1933 ihre politischen Ämter verloren, waren durch Vertreibung und Flucht heimatlos geworden.³ Viele hatten selbst in Zuchthäusern oder im KZ gesessen, so etliche CDU-Gründer in Berlin, Köln und Frankfurt wie Jakob Kaiser, Johannes Albers, Andreas Hermes, Eugen Kogon u. a. Unter den CDU-Gründern befinden sich auch zahlreiche Geistliche beider Konfessionen, ferner vor allem in Rheinland, Westfalen und anderen Gegenden mit überwiegend katholischer Bevölkerung auch christliche Gewerkschafter.

Angesichts des Zusammenbruchs der deutschen Staatlichkeit will man ein *neues Deutschland* aufbauen. Aber nach welchen Gesichtspunkten? Die herkömmlichen politischen Systeme und Ideenkreise – Liberalismus und Konservatismus, Nationalismus und Kommunismus – sind diskreditiert. Die Erfahrungen haben gelehrt, dass die Christen in der Weimarer Demokratie in verschiedensten Parteien zersplittert waren, so dass die ohnehin schwache bürgerlich-demokratische Mitte wegen der konfessionellen Spaltungen zusätzlich an Schlagkraft einbüßte.⁴ Eine *christliche Union* sollte aber als *Partei der Mitte* künftig nicht nur Christen verschiedener Konfession zusammenführen.⁵ Da das Christliche kein schichtenspezifisches Merkmal ist, will die neue Partei auch den Gedanken der Richtungs- bzw. Klientelparteien überwinden und als eine *Volkspartei* fungieren, in der Menschen aller Schichten und verschiedener Überzeugungen und Interessen zusammenfinden. Nur so glaubte man, stark genug zu sein, um vor allem der Agi-

tation der Parteien von links und ihren antireligiösen Resentiments Paroli bieten zu können. Das bedeutete zugleich, dass die christliche Partei auch Nichtchristen und Angehörige anderer Weltanschauung aufnehmen wollte. Das „C“ sollte damit auch für Toleranz und für interdisziplinären, interreligiösen und interkulturellen Dialog stehen.⁶ Der heute so selbstverständliche Dialog zwischen den Konfessionen Katholizismus und Protestantismus stand nach 1945 noch ganz in den Anfängen.

Die Kommunisten hatten Christentum und Kirche offen bekämpft, wie im Übrigen auch der Nationalsozialismus. Marx und Engels hatten im Kommunistischen Manifest 1848 die schon erkennbaren Ansätze christlich-sozialer Vorstellungen zur Lösung der Sozialen Frage als „pfäffischen Sozialismus“ persifliert.⁷ Die SPD, die die stärkste oppositionelle Kraft zur CDU darstellte, knüpfte bei ihrer Wiedergründung 1945 an den Traditionsresten und der Programmatik von vor 1933 an. Das bedeutete, dass ungeachtet des christlichen Bekenntnisses einzelner Sozialdemokraten in der Parteiprogrammatik das Verdikt August Bebels von 1874 Gültigkeit hatte und weiterhin vom Gros der Sozialdemokraten wie ein Dogma gehütet wurde: „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser.“ Religion galt in der SPD-Programmatik ausschließlich als Privatsache. Bis 1959 war das Heidelberger Programm von 1925 gültig, dem gemäß jede öffentlich-rechtliche Einflussnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf Kultur- und Bildungseinrichtungen „bekämpft“ werden sollte.

Wie schwer zunächst die Verständigung über die christlich-religiösen Grundlagen auch innerhalb der Union war, zeigt die Gründungsversammlung der CDU des Rheinlands vom September 1945 in Köln. Hier begegneten sich erstmals größere katholische und evangelische Gruppierungen. Der evangelische Rechtsanwalt Otto Schmidt aus Wuppertal, war geprägt von der reformatorischen Theologie Karl

Barths, die die *Barmer Theologische Erklärung* 1934 prägte.⁸ Die *Barmer Erklärung* ist jene bekannte Stellungnahme, mit dem sich die *Bekennende Kirche* gegen die die totalitären Ansprüche des Nationalsozialismus und den mit diesem kooperierenden *Deutschen Christen* richtete.

Das Dokument zieht deutliche Trennungslinien zwischen den Ansprüchen Gottes an den einzelnen und den Gehorsams- und Loyalitätspflichten des Christen gegenüber dem Staat (Römer 13,1–7). Vor allem für die evangelischen CDU-Gründer und den politischen und parteipolitischen Neuanfang sollte *Barmen* eine hervorragende Bedeutung haben. Die christliche Ethik wirkt hier unverkennbar als Begrenzung staatlicher Gewalt und politischer Ansprüche. Die evangelischen Unionspolitiker verstanden ihren spezifischen Zugang zur Politik als theologisch-biblich begründete „Politik aus dem Glauben.“⁹ Die katholischen Teilnehmer, darunter viele ehemalige christliche Gewerkschafter, waren geprägt von der katholischen Soziallehre. Entsprechend orientierten diese sich am „christlichen Naturrecht“ und den sozialreformerischen Grundsätzen.

Die an den Grundsätzen der Sozialethik beider Kirchen orientierten Programme und Aufrufe der Partei bleiben zwangsläufig noch im Grundsätzlichen; sie sind vornehmlich auf die Motivation, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und die allgemeinen geistig-sittlichen Orientierungslinien ausgerichtet. Die Ordnungsideen und programmatischen Zielsetzungen sind noch kaum greifbar.¹⁰ Doch in staats-, rechts- und gesellschaftsethischer Sicht erweist sich das Christliche als stärkster Antipode zum Totalitarismus und Kollektivismus und vermag damit wesentliche Leitlinien für den Staats- und Gesellschaftsaufbau zu formulieren.¹¹

Im Übrigen war man sich in den Gründerkreisen darüber im Klaren, dass eine betont religiöse Fundierung der Partei nur von einer relativ kleinen Gruppe von Menschen wirklich „gelebt werden könne“. Der evangelische Christ Otto

Schmidt gibt zu bedenken: Kulturprotestanten und Katholiken können sich „viel besser verstehen als beide (zusammen) mit den ‚radikalen und nüchternen‘ Protestanten“. Doch will man „selbstverständlich auch die Mitglieder der Partei anerkennen, die nicht die radikalen (religiösen) Grundlagen, sondern nur die Ziele der Partei anerkennen“. Das ist zweifellos ein Zugeständnis an die Interkonfessionalität und die Idee der Volkspartei, die selbstredend auch die Massen ansprechen will.¹²

Die Katholiken argumentierten dagegen zumeist naturrechtlich, das heißt von der christlichen Ethik her, in deren Zentrum Person und Menschenwürde sowie die bekannten Sozialprinzipien Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl und der Gerechtigkeit stehen – ethische Normen, die selbstredend „entwurfsoffen“ sind (Wilhelm Korff).¹³ Im Kontext der beiden päpstlichen Sozialzyklen „Rerum novarum“ Papst Leos XIII. (1891: „Über die Arbeiterfrage“) und „Quadragesimo anno“ Papst Pius' XI. (1931: „Über die gesellschaftliche Ordnung“) wurden von den Sozialausschüssen der CDU und den christlich-sozialen Gewerkschaftern aus der kirchlichen Naturrechtslehre umfassende gesellschafts- und sozialpolitische Forderungen abgeleitet. Für den Protestantismus hingegen sind vom theologisch-anthropologischen Grundverständnis her, dem Dogma der Sündhaftigkeit des Menschen, das Naturrecht und aus ihm abgeleitete Sozialforderungen abzulehnen. Einzig vom biblisch-theologischen Verständnis her sind Zugänge zur Weltverantwortung und zu sozialen Orientierungen zu gewinnen.

So hat auch Karl Barth, der bedeutendste reformatorische Theologe des 20. Jahrhunderts, die Protestanten davor gewarnt, mit den Katholiken („den Römischen“) zusammen in einer christlichen Partei zu wirken. Seine Kritik galt vor allem der von der katholischen Kirche vertretenen Lehre vom Naturrecht.¹⁴ Für die reformatorische Theologie ist dieses zu wenig von der christlichen Offenbarung her legitimiert und auch nicht eschatologisch – also zu wenig

jenseitig – ausgerichtet. Die reformatorische Theologie bevorzugt ein auf den kirchlichen Binnenraum konzentriertes, die Innerlichkeit und die Gesinnung ansprechendes Bekenntnis zur christlichen Botschaft. Damit aber hat sie eine gewisse Distanz zum pragmatischeren naturrechtlichen Zugang zur Politik gewahrt¹⁵; doch gibt es auch Protestanten, die dem Naturrecht gegenüber aufgeschlossener sind¹⁶.

Von Christi Wort und Tat her wird die gesamte christliche Existenz verstanden und gedeutet. Von daher scheint vielen Reformierten der Gebrauch des Christlichen im Parteinamen als Missbrauch.¹⁷ Entsprechend kritisieren reformatorische Theologen auch die Zwei-Reiche-Lehre des deutschen Luthertums und dessen theologische Ordnungslehre, die sich leichter mit dem Demokratiedanken und dem pluralistisch-säkularen Gemeinwesen verbinden ließ.

Der reformierte Theologe Arthur Rich bemerkt: „Entweder ist das Prädikat ‚christlich‘ gar nicht ernst gemeint und die ‚christliche‘ Partei eine Partei unter anderen Parteien. In diesem Falle wird ein Wort, das auf etwas Letztes zielt, dem Unernst preisgegeben und die von ihm bezeichnete Sache selbst verraten. Oder aber das Prädikat ‚christlich‘ ist tatsächlich ernst genommen und die es in Anspruch nehmende Partei in ihrem eigenen Selbstverständnis von qualitativ ganz anderer Art als die übrigen Parteien. In diesem Falle wird es erst recht gefährlich. Denn die ‚christliche Partei‘ läuft dann Gefahr, einen Letztcharakter anzunehmen. Und das ist ein kleines Unglück, wenn sie klein, ein großes aber, wenn sie groß ist. Denn eine Partei mit Letztcharakter oder auch nur mit einer Tendenz dazu, sei sie nun christlicher oder nichtchristlicher Observanz, wird ein schwieriger Partner in der demokratischen Handhabung staatlicher Macht.“¹⁸

Richs Formulierungen lassen erkennen, mit welcher religiös-existentialen Spannung das reformatorische Ethikverständnis ringt. Seine hohen Ansprüche an den Christen fordern eine rigorose Haltung; sie stimulieren damit zugleich

eine „reine“ oder „reinere“ Gesinnung, von der her schwer Kompromisse einzugehen sind.

Moderatere theologische Richtungen des Protestantismus und des Katholizismus betonten demgegenüber, dass sich die Christen nicht allein von ihrer Gesinnung her der Politik widmen, sondern angesichts der Widrigkeiten säkularer Ordnung ethische Normen und Handlungsoptionen aus dem christlichen Glauben zu gewinnen suchen. So vertreten viele Lutheraner wie auch die sogenannten Kulturprotestanten eine (christliche) Verantwortungsethik.¹⁹

Auch im Katholizismus muss man zwischen verschiedenen Richtungen unterscheiden, wobei zunächst der linke Flügel dominierte.²⁰ Der soziale Flügel der Partei, der vor allem in der Gründungs- und Konsolidierungsphase starken Einfluss auf die Wirtschafts- und Sozialprogrammatik ausübte, nicht zuletzt auch deshalb, weil die soziale Frage durch Krieg und Kriegsfolgen besonders virulent war, trat in Anlehnung an die katholische Soziallehre der Päpste nach 1945 zunächst einen *christlichen Sozialismus*.²¹ In Abgrenzung vom marxistischen Sozialismus forderten die christlich-sozialen Kräfte in der CDU von den christlich gedeuteten Prinzipien des Gemeinwohls, der Gerechtigkeit und der Solidarität eine Eigentumsneuordnung sowie umfassende sozial- und arbeitspolitische Maßnahmen zur Integration der Arbeiterschaft und der Millionen vom Krieg und den Kriegslasten betroffenen Kriegsversehrten, Flüchtlingen, Kriegerwitwen, Waisenkinder und „Trümmerfrauen“ in die Gesellschaft. Diese Forderungen, die von den geistlichen Beratern der Sozialausschüsse der CDU aus dem Kloster Walberberg bei Köln theoretisch untermauert wurden, nahmen Einfluss auf das berühmte „Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm“ der CDU der britischen Zone vom Februar 1947.²²

Andere Vertreter des christlichen Sozialismus bzw. eines „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ wie Walter Dirks und Eugen Kogon in Frankfurt und Otto-Heinrich

von der Gablentz in Berlin wenden sich schon bald von der CDU ab und meinen, ihre christlich-sozialen bzw. christlich-sozialistischen Vorstellungen besser in der SPD realisieren zu können.²³ Entschieden kritisierten sie vor allem den gesellschaftspolitischen Kurswechsel der Union von der sozialreformerischen Programmatik der Frühzeit hin zur Sozialen Marktwirtschaft seit 1948/49, den sie von ihrem christlichen Sozialverständnis her ablehnten. So bemühten sich Dirks und Kogon, die linkskatholischen Herausgeber der „Frankfurter Hefte“, den demokratischen Sozialismus von christlich-ethischen Motiven her zu fundieren. Sie gehörten damit zu jenen Intellektuellen in der SPD, die den demokratischen Sozialismus ethisch und sozialphilosophisch begründeten und zugleich auch Verbindung zu den Kirchen und zur christlichen Sozialethik hielten.²⁴

Konrad Adenauer wandte sich schon im August 1945 entschieden gegen die Verwendung des Begriffs *christlicher Sozialismus*; der Begriff sei missverständlich und ungeeignet, die Grundsätze und Leitideen eines christlich-demokratischen Politikverständnisses zum Ausdruck zu bringen. Die Unvereinbarkeit von Christentum und Sozialismus im Programm der SPD nahm Adenauer ernst und forderte Konsequenzen im Namen des „C“.

Adenauer hat wesentlich die Programmatik der Union der Frühzeit konturiert. Im „Programm der CDU für die britische Zone“ vom März 1946 hat er darauf hingewirkt, die höchst unterschiedlichen religiös-ethischen Begründungen und politisch-sozialen Zielsetzungen der CDU durch Leitsätze zu ersetzen, in denen Katholiken und Protestanten, liberale, konservative und christlich-soziale Vertreter ihre Grundposition wiederfinden konnten. Das CDU-Programm vom 1. März 1946 enthielt die wichtigsten Grundsätze der Partei für die folgenden Jahrzehnte.²⁵

Nur eine sittliche und weltanschauliche Erneuerung auf der Basis christlicher Werte, so heißt es dort, gewährleiste in dem neu aufzubauenden politischen Gemeinwesen

„Recht, Ordnung und Maß, Würde und Freiheit der Person“ sowie „wahre und echte Demokratie“. Die christliche Konnotation dieser Ordnungsideen rechtfertigt Adenauer mit dem Verweis auf „die hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur“ der Rechts-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturpolitik der Union. Hier wird der in der Politik notwendigerweise einzugehende Kompromiss angesichts der konkreten Umstände und Bedingungen nicht als Widerspruch, sondern als Weg verantwortungsbewusster Politik aufgefasst.

Die programmatischen Vorstellungen orientieren sich an der „christlichen Weltanschauung“. Ihr Kern sind „die unveräußerlichen Rechte der Person“. Die christliche Ethik und Anthropologie dienen dabei als Grund der staatlichen Verfassung und Rechtsordnung. Die „Macht des Staates“ findet hier eine normative Grenzziehung. Christentum, christliche Ethik und christlich-abendländische bzw. europäische Kultur werden als Synonyme verwandt; sie sind diametral entgegengesetzt den verschiedenen Formen und Richtungen *materialistischer Weltanschauung*, der die geistig-sittliche Freiheit, Selbstbestimmung und Verantwortung der Person leugnet oder nicht konsequent als Grundlage ihrer Politik-, Rechts-, Kultur- und Gesellschaftsauffassung anerkennt.²⁶ Dem mechanistischen Weltbild sind somit die christlichen Humanitäts- und Sozialprinzipien diametral entgegengesetzt. Das „C“ wird also verantwortungsethisch interpretiert;²⁷ es schließt die Orientierung an religiös-ethischen und kulturellen Werten ein und stellt, nicht zuletzt auch in seinen konfessionellen Ausprägungen, eine bedeutende ordnungspolitische Potenz dar (Alfred Müller-Armack).²⁸

Aus dem christlich-demokratischen Ideenspektrum werden schließlich auch die großen politischen Entscheidungen und Programme der Partei, ihre Position im Parlamentarischen Rat 1948/49 und der Verabschiedung des

Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft (1949), die Europäische Integration durch Schaffung der Montanunion und EWG sowie die Römischen Verträge, die sozialpolitischen Reformgesetze seit den 1950er Jahren, ferner die Westbindung und der deutsche Beitrag im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis abgeleitet.²⁹

Ein Grundsatzprogramm, in dem vor allem die theoretischen und historischen Fundamente und die ethisch-kulturellen Grundsätze christlich-demokratischer Politik eingehender beschrieben werden, hielten Adenauer und die CDU-Führung offenbar für inopportun. Umso bedeutender sind aber für die Eruierung der theoretischen Grundlagen und des Verständnisses des „C“ die programmatischen Äußerungen Adenauers. Mit relativ wenigen Sätzen markiert er die Grundposition der Partei, wobei er größte Geschicklichkeit erkennen lässt. Er formuliert das „C“ als Klammer einer keineswegs homogenen Volkspartei und ihrer verschiedenen Flügel. Zugleich fungiert das „C“ aber auch als wichtiges Bindeglied zwischen der Partei und den beiden Kirchen. Doch die Anlehnung an Grundsätze der christlichen Ethik schließt keineswegs aus, dass das „C“ als kulturelles Gedankengut verstanden wird, zumal sich die christliche Ethik nicht exklusiv als theologisch-kirchliches Gedankengut isolieren lässt, sondern vielmehr auch allgemeine philosophisch-anthropologische und kulturelle Ideen enthält. Das Parteiprogramm von 1946 betont, dass der christliche Humanismus, die Idee der Menschenwürde und der auf den Menschenrechten, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beruhende liberale Verfassungsstaat selbstredend auch außerchristliche Wurzeln hat, was Adenauer durch Verweis auf den Humanismus und die abendländischen bzw. europäischen Gedanken zum Ausdruck bringt.

Das Programm der CDU der britischen Zone, das Adenauer nach seiner Verabschiedung im März 1946 auch in

verschiedenen Programmreden und Rundfunkansprachen vorstellt, charakterisiert die „christliche Weltanschauung“ als eine politiktheoretische Anschauungsweise, die selbstredend auch säkular-humanistische Ideen umfasst. Die christliche Demokratieidee greift entsprechend weit über die theologisch-dogmatische und -ethische Dimension der Kirchen hinaus. Zugleich identifiziert Adenauer in seinen Programmreden die christlichen Wertvorstellungen mit der „christlichen Ethik“ und dem „christlichen Naturrecht“, durch welche Zentralbegriffe vor allem kirchliche und kirchennahe Christen angesprochen werden.

In der Gründungs- und Konsolidierungsphase ist es noch weitgehend selbstverständlich, dass sich das Christliche als Glaubens- und Lebensvollzug überwiegend durch eine mehr oder weniger feste Zugehörigkeit zu den christlichen Kirchen ausweist. Praktisch zeigt sich dies in einer mehr oder weniger engen Verbindung von Parteipolitik und dem Engagement vieler CDU-Politiker in kirchlichen Sozialverbänden und kirchennahen Organisationen: Vergleichbar dem Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu bei der Sozialdemokratie fungieren – im Katholizismus noch wesentlich stärker als beim Protestantismus – die kirchlichen Verbände und Vereine als vopolitischer Raum der Union. Katholische und evangelische Arbeitervereinigungen wie die KAB und die EAB, Kolping, Christliches Werkvolk, Christliche Arbeiterjugend, die konfessionellen Unternehmer-, Angestelltenvereine, Akademikervereine und Studentenverbindungen bilden das klassische Wählerreservoir der Unionsparteien.³⁰ Zugleich dienen sie in beträchtlichem Maße als Reservoirs für den Parteienachwuchs. Meist sind es Geistliche und Führungskräfte der christlichen Laienorganisationen, die den Verbände- und damit zugleich auch häufig den Parteienachwuchs schulen. Im Wesentlichen orientieren sich die Lehreinheiten der Schulungskurse an der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik.

Erst Mitte der 1950er Jahre setzen in der CDU Initiativen ein, die politische Bildungsarbeit und Nachwuchsschulung der Partei in einer eigenen Bildungseinrichtung durchzuführen. Wie sehr die Staats- und Sozialethik der katholischen und evangelischen Kirche auch in der seitdem stärker separierten staatsbürgerlichen Bildungseinrichtungen der Politischen Akademie Eichholz (PAE) der Konrad-Adenauer-Stiftung noch weitgehend selbstverständlich als politiktheoretische Anschauungsform der Christlichen Demokratie fungieren, zeigen die Schulungsmaterialien und Handbücher der PAE. Die Kapitel „Staat und Politik“, die über die „Politik aus christlicher Verantwortung“ informieren, werden zweigeteilt und jeweils aus dem Blickwinkel der katholischen Soziallehre und evangelischer Sozialethik beleuchtet.³¹

2. Das „C“ in der politischen Kontroverse

Die CDU sah sich aufgrund der christlich-religiösen Konnotation ihrer Programmatik in der politischen Agitation, der Publizistik und Wissenschaft vielfältiger Kritik ausgesetzt. Ein prononcierter Kritiker einer allzu engen Verbindung von religiös-kirchlichem Bereich, christlich-naturrechtlicher Programmatik und Parteipolitik war der Politologe Thomas Ellwein. In den „weltanschaulichen Streitigkeiten und konfessionellen Ansprüchen“ der Unionsparteien sah er eine Belastung für den „allmähliche[n] Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung.“³² Dabei kritisierte er vor allem die Art und Weise, wie das „Christliche“ in der Politik von den beiden Kirchen instrumentalisiert und für ihre Interessen nutzbar gemacht werde; er sah darin eine Gefahr für das „Klima der Freiheit“.

Was Ellwein besonders herausstellte, war der „Machtwille“ des Klerus, „direkt oder über die Gläubigen politischen Einfluss auszuüben“. Als prominente Beispiele

nannte er die Fälle aktiver kirchlicher Wahlpropaganda in Form von Hirtenbriefen und kirchlichen Verlautbarungen im Rahmen von Gottesdiensten, Gemeindefest und Religionsunterricht, ferner in der Kirchenpresse. „Durch das Entstehen der ‚christlichen‘ Partei und der häufig naiven Gleichsetzung von CDU/CSU und Kirchen oder einer Kirche, durch die teilweise enge Verbindung beider und ihre mannigfache gemeinsame Repräsentanz ergeben sich unzählige Möglichkeiten, im Sinne des politischen Klerikalismus Einzelentscheidungen des Staates zu beeinflussen.“ Diese Entscheidungen beträfen vor allem den Kultur- und Schulbereich, insbesondere die damals vornehmlich konfessionellen Volksschulen, Lehrerseminare und Pädagogischen Hochschulen.

Wesentlich gefährlicher als der Protestantismus sei diesbezüglich die katholische Kirche mit ihrem ausgeklügelten moraltheologisch-naturrechtlichen System, wobei der Politologe ein Bild zeichnete, das eine beträchtliche Abhängigkeit der Union von den Kirchen unterstellte. Diese würden im Gegenzug von der Wahlunterstützung der CDU profitieren. Als Belege für seine Thesen zitierte Ellwein Enzykliken Papst Pius' XII., die die unbedingten Gehorsamsforderungen der Katholiken gegenüber den kirchlichen Weisungen und bischöflichen Weisungen zum Inhalt haben – Grundsätze, die in der Tat in einem starken Kontrast stehen zu den ethischen Grundanschauungen der Gewissensfreiheit und der Verantwortung des Politikers und Bürgers im säkularen politischen Gemeinwesen.³³

Bemerkenswert ist die Reaktion des seinerzeitigen Bundesgeschäftsführers der CDU, Bruno Heck im Jahre 1955. Er gab zu Protokoll: Ellweins Aufzählung der „Sünden“ auf katholischer Seite sei zutreffend, aber einseitig.³⁴ Zweifellos hat der Umstand, dass das Christliche vor allem eine Domäne der Kirchen, mithin einer konfessionell-kirchlich interpretierten Ethik darstellte, Wiederhall gefunden. Die Moralauffassung der katholischen Kirche war, wie Ellwein

zutreffend bemerkt hat, sehr dazu angetan, bei den Katholiken eine CDU-freundliche Haltung zu begünstigen. Allerdings erfolgte die Werbung im kirchlichen Raum zugunsten des „C“ in der Regel etwas subtiler, als es in der Publizistik oft dargestellt wurde. Die Pfarrer forderten an den Wahlsonntagen die Christen in der Regel nicht einfach auf, „christlich“ zu wählen. Vielmehr stand die christliche Naturrechtsinterpretation des Katholizismus seinerzeit in einer bestimmten Korrelation zu Naturrechtspostulaten der CDU-Programmatik.³⁵ So hieß es etwa in bischöflichen Hirtenbriefen: „Der verantwortungsbewusste Christ gibt seine Stimme nur solchen Kandidaten, deren Programmforderungen mit denen der christlichen Naturrechtslehre der Kirche vereinbar sind.“³⁶

Es ist beachtlich, dass erst in den 1960er Jahren Untersuchungen einsetzen, die – nunmehr im Rahmen von Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialphilosophie und Geschichtswissenschaft – die besondere Gemengelage von christlich-profanen und religiös-politischen Ideen im politischen Gemeinwesen zum Inhalt haben.³⁷ Bis dahin waren die Themen Christliche Demokratie, christlich-soziale Bewegung und die sozialetische Orientierung der Programmatik der CDU und ihrer Sozialausschüsse weitgehend von den Theologen und Sozialetikern der katholischen und evangelischen Kirche behandelt worden (Hans Maier). Spätestens seit den frühen 1960er Jahren aber sollten die bis dahin ganz engen und weitgehend selbstverständlichen Beziehungen zwischen den Kirchen, den Unionsparteien sowie den christlichen Sozialverbänden und der christlichen Sozialetik einer kritischeren Sichtweise weichen.

Dies ist denn auch der Zeitrahmen, in dem das Bild von den Kirchen und der Rolle der Religion als politischer Faktor beträchtliche Veränderungen erfährt. So sollte vor allem das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) mit seinen Dekreten zum Verhältnis von Christ und Politik, zur Religions- und Gewissensfreiheit dem bis dahin stark verbreite-

ten integralistischen Denken und dem politischen Anspruch des katholischen Klerus ein Ende bereiten und die Eigenverantwortung der Katholiken in politisch-gesellschaftlichen Belangen hervorheben.

Fasst man das Verhältnis von Religion und Politik, Christentum und CDU der Bundesrepublik der 1950er und frühen 1960er Jahre zusammen, so kann man sagen: Religion und Christentum sind – viel stärker, als dies in der Gegenwart der Fall ist – in hohem Maße Angelegenheit der Kirchen bzw. kirchlich orientierter Christlichkeit. Das „C“ im Parteinamen und in der Programmatik der CDU zeigt ebenso auch deutliche *kulturchristliche Züge* und damit eine theoretisch-programmatische Ausrichtung, so dass die Wertgrundlagen und sozialetischen Grundsätzen christlich-demokratischer Politik und Programmatik auch von nichtchristlichen und nicht dezidiert christlich orientierten Politikern und Bürgern goutiert werden können.³⁸

3. Die „C“-Diskussion innerhalb der CDU und der Paradigmenwechsel in der christlichen Sozialethik

Die Um- und Neuorientierung der CDU und ihrer Programmatik seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ist kein isolierter Vorgang.³⁹ Vielmehr vollziehen sich diese Entwicklungen im Kontext des sogenannten Gesellschafts- bzw. Wertewandels.⁴⁰ Gemeinhin wird als markantes Datum das Jahr 1968 genannt, das als Ausdruck der tief greifenden Veränderungen der Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik gilt. Doch liegen die Ursachen und Beweggründe für die Veränderungen der späten 1960er Jahre wesentlich tiefer und früher.

Die seinerzeitige Milieuverhaftetheit des Katholizismus hatte zur Folge, dass die SPD kaum Stimmen von Katholiken auf sich zu ziehen vermochte. Nachdem die Sozialdemokraten 1957 bei der Wahl zum III. Deutschen Bundestag

um rund 18 Prozentpunkte und rund hundert Mandate hinter den Unionsparteien zurücklagen, wurde ein umfassender Reformkurs eingeleitet, der 1959 im Godesberger Programm seinen Niederschlag fand. Mit diesem Grundsatzprogramm sagte sich die SPD vom historischen und dialektischen Materialismus und sozialistischer Wirtschaftsprogramm los und schwenkte auf den sozialmarktwirtschaftlichen Kurs um. Um künftig stärker in das mittlere, bürgerlich-demokratische Parteienspektrum eindringen zu können, musste die SPD ihr Verhältnis zu den Kirchen und zum Christentum verbessern. Im Zuge der Vorbereitungen des Grundsatzprogramms fand im Januar 1958 in der Katholischen Akademie in München eine Tagung statt, an der führende Sozialdemokraten wie Carlo Schmid, Adolf Arndt, Willi Eichler und Gerhard Weisser sowie von Seiten der Katholischen Kirche die prominenten Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning von der Jesuitenhochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main und Gustav Gundlach, Professor an der Päpstlichen Universität Gregoriana und Sozialberater Papst Pius' XII., teilnahmen.⁴¹

Diese Gespräche riefen im CDU-Vorstand höchste Nervosität hervor. Konrad Adenauer kritisierte kurze Zeit später auf der Bundesvorstandssitzung in Bonn entschieden den Veranstalter der Münchener Akademietagung, Prälat Karl Forster, und beschwerte sich in persönlichen Schreiben an den Münchener Kardinal Wendel und an Papst Pius XII., dass sich kirchliche Vertreter dafür hergeben, die SPD „hoffähig“ zu machen. Auch der evangelische Theologe und Bundestagspräsident, Eugen Gerstenmaier, sah in der Tagung Alarmzeichen, weil es nicht mehr unwahrscheinlich sei, dass bei fortgesetzten verbesserten Beziehungen zwischen Kirche und SPD die Sozialdemokratie künftig bei Wahlen stärker ins evangelische und vor allem ins katholische Lager eindringen würde. Bis dahin hatten die Katholiken zu rund zwei Drittel bei Bundes- und Landtagswahlen der CDU und CSU ihre Stimme gegeben, bei den Protestan-

ten war es bis Anfang der 1960er Jahre etwa ein Drittel. Gegenüber Adenauer betonte Gerstenmaier jedoch, dass es der CDU nicht anstünde, die Kirchen für ihre Gespräche mit Sozialdemokraten zu kritisieren. Das gehe „zu weit“; vielmehr müsse man die Motive der Kirche „respektieren und anerkennen“.⁴²

Die SPD unternahm in jener Zeit beträchtliche Anstrengungen, um sich dem christlich-ethischen Gesellschaftsverständnis ein Stück weit anzunähern. Im Godesberger Programm fanden diese Bemühungen ihren Niederschlag. So heißt es in der Präambel: Der demokratische Sozialismus ist in Europa verwurzelt „in der christlichen Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie“. Zugleich wird der „Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten“ eine Absage erteilt und der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen – auch in politischen Angelegenheiten – Respekt gezollt. Der Jesuit Oswald von Nell-Breuning, der Berater von SPD-Politikern und DGB-Gewerkschaftern war, konstatiert, dass er im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms ein „kurzgefasstes Repetitorium der katholischen Soziallehre“ erkenne.⁴³

Die kirchlichen Milieus begannen schon in den späten 1950er Jahren zu erodieren; innerhalb weniger Jahre sollten sich die Parteipräferenzen der deutschen Wählerschaft ändern. Induziert wurde diese Entwicklung nicht zuletzt auch durch die politiktheoretische Neuorientierung des politischen und sozialen Katholizismus und die neu aufgekommene politische Theologie im Zuge der Soziallehre Papst Johannes XXIII. (1958–1963) und des II. Vatikanischen Konzils (1962–1965), mit dem die bis dahin bestimmende neuscholastische Naturrechtsinterpretation ein abruptes Ende findet.

Die engen Verbindungen zwischen katholischen Verbänden und CDU-Positionen sollten sich in den 1960er Jahren beträchtlich lockern. Zwar hatte die CDU bei den Bundes-

tagswahlen 1969 doppelt so viele Stimmen der katholischen Wählerschaft wie die SPD auf sich versammelt, doch gelang es der SPD erstmals, die Union in katholisch geprägten städtischen Gebieten zu überflügeln und in einer Koalition mit der FDP die seit 1949 regierende Unionsparteien abzulösen.⁴⁴

4. Das „C“ in der Grundsatzprogrammatik der CDU

Angesichts der veränderten gesellschaftlichen, politischen und parteipolitischen Konstellationen war die von CDU und CSU geführte Bundesregierung im Herbst 1969 nach zwanzig Jahren durch die Koalition von SPD und FDP abgelöst worden. Auf ihrem 22. Bundesparteitag in Hamburg im November 1973 folgte die CDU der Empfehlung des Bundesvorstands unter der neuen Führung von Helmut Kohl und beschloss eine politische und programmatische Reform der Partei sowie die Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms. Vorsitzender der Programmkommission wurde Richard von Weizsäcker.⁴⁵ Angesichts der wesentlichen gesellschaftlichen, kulturellen und parteipolitischen Entwicklungen konnte die CDU nicht mehr in gewohnter Manier darauf bauen, dass das „C“ und die christlich-demokratisch und -soziale Orientierung der Union selbstverständlich waren.

Hinsichtlich der Frage, ob es denn eines umfangreichen Grundsatzprogramms überhaupt bedürfe oder ob nicht wie bisher die Formulierung von Leitsätzen und Aktionsprogrammen genüge, da man doch aus einem bestimmten sozialem Fundus heraus Politik betreibe, gab von Weizsäcker zu bedenken: Der Kern der CDU-Programmatik, wonach die Politik der CDU auf dem christlich geprägten Bild des Menschen beruht, bleibe selbstredend gültig. „Aber Grundsätze sind kein selbsttätiger Besitz; sie werfen eben nicht automatisch politische Zinsen ab, von denen sich gut leben läßt. Vielmehr sind sie nur dann lebendig, wenn

wir sie uns in der ganzen Partei immer von neuem zueigen machen. Denn wir stehen ja vor immer neuen Herausforderungen der Technik und Wissenschaft, der wirtschaftlichen Dynamik und der sozialen Entwicklung. Unter diesem Einfluß wandeln sich unsere Lebensbedingungen ständig. Auf diesen Wandel dürfen wir nicht nur reagieren, wir müssen ihn politisch gestalten, und dazu bedürfen wir des Antriebs und der Leitlinien verbindlicher Grundsätze.“ Dies aber habe das Berliner Programm von 1968, das nur ein Aktionsprogramm gewesen sei, nicht leisten können. Die christlichen Grundsätze und Leitideen der christlichen Demokratie sollten daher erstmals in einem Grundsatzprogramm festgehalten werden.⁴⁶

Für Kurt Biedenkopf, den neuen Generalsekretär der CDU, und die Grundsatzprogrammkommission galt es, ein beträchtliches Manko christlich-demokratischer Programmatik zu beheben.⁴⁷ Der Umstand, dass die CDU 1945 auf der Basis christlicher Weltanschauung, Ethik und Kultur gegründet worden war, war in der Gründungs- und Konsolidierungsphase ein Selbstverständnis, das keiner tieferen Begründung bedurfte. Die sittlichen und religiösen Fragen waren selbstverständlich Gegenstand des Religionsunterrichts, der Katechese und der Morallehre der beiden Kirchen. Auch wenn die CDU keine kirchliche Partei war, so stützte sie sich doch in hohem Maße auf eine Wählerschaft und auf Parteimitglieder aus kirchlich geprägtem Milieu. Andererseits besaß die Union gerade aufgrund ihrer Herkunft trotz politischer Erfahrung keinen hinreichenden politiktheoretischen Fundus.

Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Veränderungen, nicht zuletzt die zunehmende Säkularisierung sowie der Umstand, dass die CDU als Volkspartei selbstverständlich auch kirchlich ungebundene Bürger ansprechen wollte, bedeuteten keineswegs eine Abwendung von den christlich-anthropologischen Normen. Aber geändert hatten sich das Verständnis und der Interpretationsrah-

men von Grundwerten, sittlichen Normen und Leitideen angesichts politischen, sozialen, technischen und kulturellen Wandels. Die Grundsatzkommission musste eine eigenständige politiktheoretische Basis schaffen, die die ethische und wertmäßige Verankerung im Christentum auswies, zugleich aber auch den säkularen und ideenpolitischen Kontext christlich-demokratischer Politik neu formulieren.

Kurt Biedenkopf beschrieb diese Aufgabe wie folgt: Wir halten an den Grundwerten, die für uns christlich begründet sind, „nicht aus dogmatischen Gründen, sondern um des Menschen willen fest [...]. Nur eine Partei, die ihre Grundwerte fest verankert weiß, kann sie flexibel anwenden, ohne sie opportunistisch zu verraten. Unsere Politik muß sich an unseren Grundwerten bewähren und notfalls von ihnen her kritisieren lassen. Diese Grundwerte bergen somit ein kritisches, auf Veränderung drängendes Potential. In ihren Konsequenzen sind sie nachvollziehbar, einsichtig und bedeutsam auch für jene, die nicht an ihre christliche Begründung zu glauben vermögen. Denn sie führen nicht zu einer ‚christlichen‘ Politik, einer ‚christlichen‘ Partei oder einer ‚christlichen‘ Demokratie, sondern zu einem bestimmten politischen Stil und zu kritischen Maßstäben für eine Politik, die jeweils an ihren Früchten, nämlich an ihren Konsequenzen für den Menschen zu erkennen und zu messen sein wird.“⁴⁸

Die Mitglieder der Programmkommission, insbesondere Richard von Weizsäcker als Vorsitzender, sowie Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler als Generalsekretäre (1973–1977 bzw. 1977–1989) haben in einer Vielzahl von Vorträgen, Diskussionsrunden und Symposien in Akademien, Universitäten, Bildungswerken und Parteiveranstaltungen die CDU-Programmatik erläutert und für die neuen Leitlinien geworben. Den Auftakt einer Vortragsreihe, die ihn vor allem in kirchliche und politische Bildungsstätten führte, machte Kurt Biedenkopf mit einem Referat vor der Katholischen Akademie in München im Dezember 1973. Die Dar-

legung der Grundlagen und Ziele der Christlichen Demokratie erfolgte im Kontrast zu den gesellschaftsprogrammatischen Vorstellungen der SPD. Die Sozialdemokraten, so Biedenkopf, verfügten erst über geringe Erfahrungen als Volkspartei und könnten daher „die Integration unterschiedlicher Gruppierungen und Interessen zu einer regierungsfähigen Mehrheit“ erst seit Kurzem leisten.

„Aufgabe der Oppositionszeit der CDU ist es, die programmatische Aussage erneut zu formulieren und zu präzisieren. Der Rückgriff auf die programmatischen Aussagen der Jahre 1947 und 1949 ist dafür aus offensichtlichen Gründen nicht ausreichend. Die Bedingungen unserer Gesellschaft haben sich grundlegend geändert. Dies gilt vor allem für den Bereich der Wirtschaft. Aber auch eine Fortschreibung der Grundsatzaussagen der Nachkriegszeit vor dem Hintergrund der neu entbrannten Wertediskussion ist unerlässlich. Doch die Grundwerte, die unsere Politik bestimmen, sind sowohl im Ahlener wie im Düsseldorfer Programm in einer für den Charakter der CDU prägenden Weise enthalten.“⁴⁹

Die christliche Sozialethik und den ordnungspolitischen Liberalismus sieht Biedenkopf als die beiden wichtigsten Grundströmungen der CDU. Im Ahlener Programm für die britische Zone (1947) und in den Düsseldorfer Leitsätzen (1949), dem Programm der Sozialen Marktwirtschaft, seien diese Gegensätze augenscheinlich geworden. Diese Programme stünden in wichtigen Fragen in einem Widerspruch zueinander, der in der Programmatik seit 1949 zwar nicht gelöst worden sei, jedoch für die weitere programmatische Entwicklung der Union wichtige Antriebskräfte geliefert habe. Christliche Ethik und ordnungspolitischer Liberalismus mussten also in eine neue Synthese gefügt werden.

Die offene und kritische Art der Grundsatzprogramm Diskussion mit ihrer Mischung aus politiktheoretischer Reflexion, ideengeschichtlichen Bezügen und politisch-strategischem Kalkül stieß in der Öffentlichkeit auf äußerst

positive Resonanz. Die CDU-Programmatik und ihre Grundsatzzorientierung waren mit einem Mal wieder in den überregionalen Zeitungen und der liberalen Wochenpresse präsent.⁵⁰ Plausibel erschienen den Medienberichterstattem nicht zuletzt auch die Kriterien und die Unterscheidungsmerkmale bezüglich des Grundwerteverständnisses von CDU und SPD. Aufmerksam registrierte man, dass in den Äußerungen des Generalsekretärs und des Vorsitzenden der Grundwerteprogrammkommission die Begriffe „christliches Gedankengut“, „christliches Menschenbild“ und „Verantwortung des Christen“ in einem neuen Kontext erschienen.

Die Programmarbeit der CDU überraschte denn auch die Sozialdemokratische Partei. Der Referent für Kirchenfragen beim SPD-Parteivorstand, Rüdiger Reitz, wies im SPD-Pressedienst vom 27. März 1974 auf die neuen Entwicklungen beim parteipolitischen Kontrahenten hin. Die Art und Weise, wie die CDU in jüngster Zeit das „Thema ‚Grundwerte‘ und das ‚C‘ in der Politik“ traktiere, müsse die SPD beunruhigen. Als „Kopf der neuen Unions-Ideologie“ machte Reitz Kurt Biedenkopf aus. Der sozialdemokratische Kirchenreferent war alarmiert, dass das „Christliche“, das sich in der CDU bisher auf das Christlich-Soziale konzentrierte, nun vor allem liberal interpretiert werde. „Dazu bietet sich christliches Gedankengut an, das, ordoliberal gedeutet, weder in den Fehler des Faschismus noch des biedereren politischen Patriarchats verfällt.“⁵¹ In der Tat wurde damit treffend das Novum der CDU-Programmatik markiert: Wohl war diese schon im Programm und in den Programmreden Konrad Adenauers personalistisch und verantwortungsethisch verstanden worden, aber in der theoriefreudigen Sprache der Programmatik der 1970er Jahre konnten das „Christliche“ und die christliche Person- und Verantwortungs idee konsistenter mit den Grundwerten sowie mit politischen Positionen und ordnungspolitischer Programmatik verbunden werden.

Im Unterschied zur früheren Programmatik der CDU wie dem Berliner Gründungsauf Ruf und den Kölner Leitsät-

zen (beide 1945), dem Programm der CDU für die britische Zone (1946), dem Berliner Programm (1968/71) u. a. kennzeichnet das Grundsatzprogramm von 1978 wie auch alle ihm folgenden Grundsatzprogramme eingehender die anthropologischen, sozialetischen und politiktheoretischen Vorstellungen des „christlichen Verständnisses vom Menschen“. Wesentliche Elemente sind die in der christlich-jüdischen Lehre wurzelnde Menschenwürde (aufgrund der Gottebenbildlichkeit des Menschen), die Befähigung der Person zu sittlichem Handeln und damit in verantworteter Freiheit und gemäß den Prinzipien der Solidarität, der Subsidiarität und der Gerechtigkeit ihr Leben und die Welt zu gestalten. Die menschliche Sittlichkeit steht jedoch in einem Spannungsverhältnis zu dem Umstand, dass „jeder Mensch (...) Irrtum und Schuld ausgesetzt“ ist. Diese Einsicht in die Ambivalenz individual- und sozialmoralischen Handelns, die auch die Verantwortungsethik kennzeichnet, ist eines der Grundcharakteristika christlich-demokratischer Politik- und Rechtstheorie. Diese anthropologische Sicht, so erläutert das Grundsatzprogramm, lässt uns „den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß“ (Grundsatzprogramm der CDU, 1978, I. Abschnitt, Nr. 11).

In den Grundsatzprogrammen der CDU von 1994⁵² und 2007⁵³, letzteres unter dem Parteivorsitz von Angela Merkel, sowie in den Leitsätzen der Wertekommission 2002 wurden im Wesentlichen die Ausführungen des Ludwigshafener Grundsatzprogramms von 1978 zum christlichen Menschenbild nur geringfügig modifiziert und ergänzt übernommen. Die Grundaussagen zur christlichen Anthropologie, Persönlichkeit und Menschenwürde und die daraus abgeleiteten Grundsätze und Wertmuster blieben in ihrer Substanz unverändert. Erheblich verändert hatten sich jedoch die Bedingungen, unter denen die neuen Programme formuliert wurden.

Angesichts der Einigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 wollte sich die wiedervereinigte Christlich-Demokrati-

sche Union als erste Partei in Deutschland ein gesamtdeutsches Grundsatzprogramm geben. Die sich deutlich abzeichnenden strukturellen Veränderungen des wiedervereinigten Deutschlands, der Europäischen Gemeinschaft bzw. Europäischen Union, der Wirtschaft und der internationalen Politik, die von Neuem entfachten ethnischen Konflikte, das enorme Wohlstandsgefälle zwischen Nord- und Südländern, die zunehmenden Migrationen sowie eine Vielzahl weiterer Entwicklungen bedeuten für das vereinigte Deutschland, dass es künftig eine größere Verantwortung in der internationalen Politik (Friedenssicherung, Klimapolitik, angemessene Menschenrechtspolitik), der Entwicklungspolitik (Maßnahmen zur Überwindung materieller Not) sowie für die internationale Wirtschafts-, Währungs- und Finanzordnung übernehmen musste.⁵⁴

Offen wurde in der Programmkommission während der Vorbereitungsphase des neuen Grundsatzprogramms auch darüber diskutiert, welche Bedeutung das *Christliche Menschenbild* als Richtschnur und Leitbild für die Politik angesichts des weit fortgeschrittenen Säkularisierungsprozesses der Gesellschaft und der Ächtung des Religiösen sowie der Unterdrückung des religiösen Bekenntnisses in der ehemaligen DDR haben könne. Während sich in Westdeutschland einer Statistik von 1990 gemäß noch 54 Prozent der Bevölkerung als „religiös“ bezeichnen, sind es in Ostdeutschland nur noch 24 Prozent.

Aber trotz der Rückläufigkeit von Kirchenmitgliedschaft und der institutionalisierten Form des Religiösen in Deutschland war man sich in der Grundsatzprogrammkommission einig, dass das „C“ als anthropologisches und kulturelles Gedankengut eine solche Werthaltigkeit besitzt, dass es für die Partei auch weiterhin als Grundnorm und Leitbild dienen sollte, ein Anspruch, unter dem auch die Arbeit am Grundsatzprogramm der CDU von 2007 stand.

Die programmatisch-parteilpolitischen Konzepte der großen Parteien CDU und SPD hatten erheblich zu deren Pro-

filbildung beigetragen und die beiden großen Parteien für die Wählerschaft unterscheidbar gemacht. Das Grundsatzzprogramm von 2007 hatte besonders zu berücksichtigen, dass mit dem Fall der Mauer und dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989/90 in verstärktem Maße sich politischer Pragmatismus und Entideologisierung verbreiteten, die die herkömmliche Polarisierung des Parteienspektrums zwischen „links“ und „rechts“ wesentlich milderte, was zur rückläufigen Profilierung der Politik und Programmatik von Union und Sozialdemokratie führte, die für die Bürger und Wähler immer schwerer unterscheidbar wurden. Die großen ordnungs-, sozial-, wirtschaft-, gesellschafts- und kulturpolitischen Alternativen, welche die Politik- und Programmdebatten früherer Jahrzehnte bestimmten und die bis in die Universitätsseminare, politischen Bildungseinrichtungen und kirchlichen Akademien die Debattenkultur prägten, hatten wesentlich an Plausibilität verloren. „Beide Parteien zeigen sich mehr vom wachsenden Druck der Wirklichkeit getrieben, als von ihren traditionellen Leitvorstellungen.“⁵⁵ Grundsatzdebatten sind deshalb nicht um ihrer selbst zu führen, sondern sie sollen das Interesse von gesellschaftlichen Gruppen und Intellektuellen an der Politik wecken und Orientierung bieten. Der Rückgriff auf die anthropologischen und ethischen Grundlagen von Recht, Verfassung, Kultur und Religion ist dabei unverzichtbar, um dem zunehmend stärker verbreiteten Pragmatismus und dem mit ihm oft einhergehenden Technizismus und Szientismus ein anthropologisch-ethisches Leitbild entgegenzusetzen, das dem bewährten christlich-jüdischen und europäisch-humanistischen Erfahrungsschatz entstammt.

Das Dokument der Wertekommission der CDU, „Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“ (2002), das eine Explikation der Grundideen christlich-anthropologischer Normen und Wertvorstellungen darstellt, bezieht ebenso wie das Grundsatzzpapier von Joachim Klose und

Werner J. Patzelt „Christliche Werte und Politik“⁵⁶ Position gegen Tendenzen in der Gesellschaft, „die sich dem christlichen Menschenbild offenbar immer weniger verpflichtet fühlen“, obwohl – so der Vorsitzende der CDU-Wertekommission Christoph Böhr – „die Vergewisserung dieses Menschenbildes im Blick auf eine Reihe aktueller politischer Fragen“ Klärung und Lösungen zu bieten vermag.⁵⁷ Diese Grundsatzpapiere haben sich ebenso wie die sozialetische Orientierungshilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung von 2006 „Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung. Christliche Ethik als Orientierungshilfe“⁵⁸ der Verbreitung des christlich-demokratischen und christlich-sozialen Gedankenguts in der politischen Bildungsarbeit verschrieben.

Zusammenfassung und Ausblick

Modernisierungsprozesse und Umbrüche in Gesellschaft und Wirtschaft wie die Demokratisierung, Pluralisierung und Segmentierung des politischen Gemeinwesens sowie die Globalisierungstendenzen haben das Verhältnis des Einzelnen, der Gesellschaft sowie der politischen und sozialen Institutionen zur Religion und zu kulturellen Werten wesentlich verändert. Die Säkularisierung der Gesellschaft bedeutet keineswegs eine bloße Randstellung oder gar das Ende der Religion. Zweifellos aber hat sich in den vergangenen Jahrzehnten die Rolle und Funktion der Religion im Bewusstsein und in der Haltung der Einzelnen als auch das Verhältnis der Religion zu den Institutionen und zur institutionalisierten Form der Religion, den Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften wesentlich verändert – eine Entwicklung, die ihrerseits durch die deutsche Einigung wie auch durch die Ausdehnung der Europäischen Union auf die mittelosteuropäischen Länder eine zusätzliche Dynamik erfahren hat.

Diese Zusammenhänge wurden am Beispiel des „C“, des christlichen Menschenbildes als Namensbestandteil und Leitbild der Programmatik und der Politik der CDU näher beleuchtet. Die *Christliche Demokratie* ist selbst ein markantes Beispiel für den Wandel des Stellenwertes der Religion in Gesellschaft und Öffentlichkeit. Konnte sich beispielsweise der Parlamentarische Rat 1948 noch zur Aufnahme des Namens Gottes ins Grundgesetz entschließen („Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“), so widersetzte sich bei den Beratungen im Europäischen Verfassungskonvent zum Verfassungsvertrag der EU 2003/2004 ein beträchtlicher Teil der Konventsmitglieder – zumeist mit laizistischen Begründungen – einem solchen Ansinnen. Heute würde die *Vocatio Dei*, etwa in einer Verfassunggebenden Versammlung der Bundesrepublik Deutschland wohl kaum noch die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit erlangen.

In den ersten beiden Jahrzehnten wird das christlich-demokratische und christlich-soziale Ideengut in besonderer Weise unterstützt und geprägt durch engere Beziehungen zwischen den christlichen Kirchen und der CDU. Doch schon in den späten 1950er Jahren beginnt dieses Verhältnis angesichts innerkirchlicher wie auch gesellschaftlich-kultureller Entwicklungen sich zu verflüchtigen. Bemerkenswert ist ferner die veränderte Positionsbestimmung der SPD, die sich 1958/59 – nicht zuletzt aufgrund der Verbürgerlichung des sogenannten Arbeitermilieus und der Akademisierung der Gesellschaft – programmatisch Positionen der Union nähert und dabei auch Bestimmungen der christlichen Sozialethik aufnimmt. Später nehmen auch die Grünen teilweise christliche Wertvorstellungen in ihre Programmatik auf. Die katholischen und evangelischen Verbände und kirchlichen Vereine fungieren seit geraumer Zeit kaum noch als Reservoir der CDU und der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Die Union öffnet sich zwangsläufig

verstärkt auch anderen Wählerschichten und politischen Ideen.⁵⁹

Für die CDU bedeuten die gesellschaftlich-politischen Entwicklungen ein Dilemma: Einerseits kann und will die Partei von ihrer Herkunft und ihrer Geschichte das „C“ nicht aufgeben. Andererseits vermag die Partei angesichts weitgehender Säkularisierung der Gesellschaft, der „nachlassenden Strahlkraft der katholischen Soziallehre“⁶⁰ und der Veränderungen des gesellschaftlichen, kulturellen und parteipolitischen Spektrums immer weniger Christen anzusprechen – insbesondere bei der Jugend. Die CDU hat in der Gründungs- und Konsolidierungsphase der Bundesrepublik Deutschland – so zeigt der historische Rückblick – von den kirchlich engagierten Christen beider Konfessionen in ganz beträchtlichem Maße profitiert, programmatisch und politisch.⁶¹ So wird man einen gewissen Verlust einer aus religiös-ethischer Motivation und Orientierung gespeisten Christlichkeit nicht übersehen können. Doch betreffen diese Aporien nicht nur die Union als Partei, sondern auch die tragenden gesellschaftlichen, staatlichen und politischen Institutionen wie auch das politische Gemeinwesen im Ganzen.

Die Entstehung des Staates und der verfassungsrechtlichen Ordnung aus aufgeklärter, religionsneutraler Säkularität aber ist ein Mythos, der sich aus dem Laizismus speist.⁶² Das Christentum jedenfalls hat, nicht zuletzt auch aufgrund seiner Anthropologie und Sozialethik,⁶³ genügend Substanz, um auch dem Menschen im säkularen Gemeinwesen geistige Orientierung und moralische Normen für den privaten, politischen und kulturellen Bereich zu bieten.⁶⁴ Es bedarf jedoch besonderer Kräfte und Anstrengungen, dieses Ideengut angesichts der Dynamik und Intensität der nationalen und internationalen Entwicklungen in Technik, Wissenschaft und Wirtschaft, in Gesellschaft, Politik und Kultur politisch und programmatisch immer wieder fruchtbar zu machen.

Anmerkungen

¹ So kam es zum Beispiel schon kurze Zeit nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 zu spontanen, voneinander unabhängigen Gründungen der CDU und CSU in Berlin, Köln, Frankfurt, Hannover, Stuttgart, Würzburg, München. Die Idee war in den Widerstandskreisen und Gestapogefängnissen im Bewusstsein gemeinsamer politischer Überzeugungen und Leitbilder geboren worden.

² Protokoll des Expertengesprächs zum „C“ der Konrad-Adenauer-Stiftung/Archiv für Christlich-Demokratische Politik vom 14. Mai 2003 in Sankt Augustin, S. 5. – Wie weit das christlich-demokratische Selbstverständnis auch in protestantischen Gründerkreisen verbreitet war, beleuchtet der Essener CDU-Mitbegründer und später der SPD angehörende Gustav Heinemann: Demokratie und christliche Kirche. Ein Beitrag zu einer „deutschen Demokratie“ (Schriftenreihe der CDU des Rheinlands, Heft 9). Köln 1946, S. 7, der hinsichtlich der Bewährungsproben der interkonfessionellen „C“-Partei die Protestanten auf die „reiche politische Tradition des katholischen Volksteiles“ und der im Kulturkampf vertieften „Distanz seiner Kirche zum Staat“ und der dabei erprobten „eigenen politischen Betätigung“ und „gute[n] demokratische(n) Schule“ hinweist. Zugleich zeigen die Ausführungen Heinemanns, wie sehr auch in protestantischen Kreisen das „C“ und das Verhältnis von Religion und Politik nicht nur verantwortungsethisch, sondern auch im institutionellen Rahmen von Kirche[n] und Staat gesehen werden.

³ Vgl. die Biographien von CDU-Gründern in: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (Hg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Freiburg/Breisgau 2004.

⁴ Daher rührt beim Gros der christlichen Demokraten nach 1945 auch die strikte Ablehnung der Wiedergründung der konfessionellen Zentrumspartei; vgl. Rudolf Morsey: Zentrumspartei (bis 1933), in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Hg von Winfried Becker/Günter Buchstab/Anselm Doering-Manteuffel/Rudolf Morsey. Paderborn u. a. 2002, S. 694–699.

⁵ Der Begriff „Partei der Mitte“ ist in der Gründungsphase noch nicht gebräuchlich, in der Sache jedoch zutreffend: Die gesellschaftsprogrammatistische und ordnungspolitische Interpretation von christlicher Sozialethik und Anthropologie zielt die Mitte zwischen den Extremen Liberalismus bzw. Manchesterliberalismus und Sozialismus an.

⁶ Vgl. aus theologischer Sicht: Helmut Thielicke: Toleranz und Religionsfreiheit. Von der sich erschließenden Wahrheit des Christenglaubens, in: Bodo B. Gemper (Hg.): Religion und Verantwortung als Elemente gesellschaftlicher Ordnung. Für Karl Klein zum 70. Geburtstag. Siegen 1982, S. 83ff.

⁷ Bei Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei (1848), in: Werke. Bd. 4. 6. Aufl. Berlin 1972, S. 484 (Teil III.1.a), heißt es: „Der christliche Sozialismus ist nur das Weihwasser, womit der Pfaffe den Ärger des Aristokraten einsegnet.“

⁸ Vgl. den programmatischen Entwurf von Otto Schmidt: Christlicher Realismus – ein Versuch zu sozialwirtschaftlicher Neuordnung, Köln 1946 (Nachdruck in: Die Neue Ordnung, Sondernummer September 1985, S. 47–58); ferner Pfarrer Lutze: Ist in evangelischer Sicht eine christliche Partei möglich und nötig? Köln 1946.

⁹ In Anlehnung an die Barmer Thesen heißt es in der Präambel der Kölner Leitsätze der CDU von 1945: „Gott ist der Herr der Geschichte und der Völker, Christus die Kraft und das Gesetz unseres Lebens. Die deutsche Politik unter der Herrschaft des Nationalsozialismus hat diese Wahrheit geleugnet und missachtet. Das deutsche Volk ist deshalb in die Katastrophe getrieben worden. Rettung und Aufstieg hängen ab von der Wirksamkeit der christlichen Lebenskräfte im Volk.“ (Kölner Leitsätze, 2. Fassung vom September 1945, in: Leo Schwering: Frühgeschichte der CDU. Recklinghausen 1963, S. 215ff.).

¹⁰ Vgl. Gerhard Schulz: Die CDU, in: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953. Mit einer Einleitung von Sigmund Neumann. Stuttgart 1955, S. 1–153; Wolf-Dieter Narr: CDU – SPD. Programm und Praxis seit 1966. Stuttgart 1966, der die Bedeutung des Christlichen als sozialetischem Faktor (im Sinne der Verantwortungsethik) nicht angemessen berücksichtigt; vgl. Rudolf Uertz: Die Christliche Demokratie im politischen Ideenspektrum, in: Historisch-Politische Mitteilungen 9 (2002), S. 31–62.

¹¹ Dies wird besonders deutlich beim Vergleich der naturrechtlichen und menschenrechtlichen Begründungen von Staat und Verfassung nach 1945 mit dem NS-Recht (Heinrich Rommen: Die ewige Wiederkehr des Naturrechts. Leipzig 1936/2. Aufl. München 1947, S. 233: „Das personale Sein des Menschen ist allem positiven Rechte ...“ und damit „auch für den rechtstheoretischen Positivismus vorgegeben“.), das durch den bis dahin herrschenden Rechts-

positivismus in Staat, Recht und Verwaltung begünstigt wurde (vgl. dagegen Ernst Rudolf Huber: *Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches*. 2. Aufl. Hamburg 1939, S. 361, wo es heißt: „Insbesondere die Freiheitsrechte des Individuums gegenüber der Staatsgewalt mussten verschwinden; sie sind mit dem Prinzip des völkischen Reiches nicht vereinbar. Es gibt keine persönliche, vorstaatliche und außerstaatliche Freiheit des Einzelnen, die vom Staat zu respektieren wäre. An die Stelle des isolierten Individuums ist der in die Gemeinschaft gliedhaft eingeordnete Volksgenosse getreten, der von der Totalität des politischen Volkes erfasst und in das Gesamtwirken einbezogen ist. Es kann hier keine private staatsfreie Sphäre mehr bestehen, die der politischen Einheit gegenüber unantastbar und heilig wäre“). Auszüge zitiert bei Reinhold Zippelius: *Kleine deutsche Verfassungsgeschichte*. München 1996, S. 137ff.).

¹² Vgl. Hans-Georg Wieck: *Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945*. Düsseldorf 1953, S. 97.

¹³ Vgl. Wilhelm Korff: *Wie kann der Mensch glücken? Perspektiven der Ethik*. München 1985.

¹⁴ Vgl. Hans Gerhard Fischer: *Evangelische Kirche und Demokratie nach 1945. Ein Beitrag zum Problem der politischen Theologie*. Lübeck 1970; ferner Michael Klein: *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteiprogrammatisches Engagement von 1945 bis 1963*. Tübingen 2005, S. 21ff., 61ff., 102ff.

¹⁵ Vgl. Theodor Herr: *Naturrecht aus der kritischen Sicht des Neuen Testaments*. Paderborn 1974; Ders.: *Zur Frage nach dem Naturrecht im deutschen Protestantismus der Gegenwart*. München 1972.

¹⁶ Zur Naturrechtskontroverse innerhalb der CDU vgl. Rudolf Uertz: *Christliches Menschenbild und Weltverantwortung. Zur politischen Theorie der Christlichen Demokratie*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen*, 11 (2004), S. 47–77.

¹⁷ Das hinderte allerdings einzelne reformatorische Theologen nicht, aus Glaubensgründen (*status confessionis*) z. B. für eine sozialistische Neuordnung oder andere politische Richtungen einzutreten.

¹⁸ Arthur Rich: *Kirche und Demokratie*, S. 174, zitiert nach Fischer: *Evangelische Kirche und Demokratie nach 1945*, S. 82.

¹⁹ Zum Ethikverständnis des Protestantismus, Katholizismus und der Orthodoxie vgl. Rudolf Uertz: *Politische Ethik im Christentum*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6 (2007), S. 31–38.

²⁰ Zu den konservativen Kräften in der Union und ihrem Umfeld vgl. Ders.: Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956), in: Historisch-Politische Mitteilungen 8 (2001), S.45–71.

²¹ Vgl. Ders.: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949. Stuttgart 1981, S. 97ff.; Ders.: Christlicher Sozialismus, in: Lexikon der Christlichen Demokratie, S. 477f.

²² Ders.: Das Ahlener Programm, in: Die Politische Meinung 52 (2007), S. 47–52 (http://www.kas.de/wf/doc/kas_9803-544-1-30.pdf?070129101237, Abruf 30. Oktober 2012); Ders.: Christlicher Sozialismus, in: Lexikon der Christlichen Demokratie, S. 477f.

²³ Vgl. von dem Mitbegründer der CDU in Berlin (1945) Otto-Heinrich von der Gablentz: Zur Problematik christlich-sozialer Parteien, in: Jürgen Fialkowski (Hg.): Politologie und Soziologie. Otto Stammer zum 65. Geburtstag. Köln 1965, S. 203–216. Vgl. auch Bernd Uhl: Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945–1947. Mainz 1975; Franz Focke: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU. Wuppertal 1978; Uertz: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU, S. 16, 96.

²⁴ Vgl. Iring Fetscher (Hg.): Marxisten und die Sache Jesu. München 1974.

²⁵ Vgl. Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Bd. 1: Der Aufstieg 1876–1952. Stuttgart 1986, S. 478–518.

²⁶ Vgl. die Grundsatzrede des Ersten Vorsitzenden der CDU für die britische Zone in der Aula der Kölner Universität vom 24. März 1946, in: Konrad Adenauer: Reden von 1917–1967. Hg. von Hans-Peter Schwarz. Stuttgart 1975, S. 82ff. (auszugsweise auch in: <http://www.kas.de/upload/dokumente/reden.pdf>, Abruf: 30. Oktober 2012).

²⁷ Zur Verantwortungsethik vgl. Max Weber: Politik als Beruf (1919), in: Gesammelte Politische Schriften. München 1921, S. 396–450. Zu den Wurzeln der christlich-europäischen Wertekanons vgl. Günter Buchstab (Hg): Die kulturelle Eigenart Europas. Freiburg/Breisgau 2010.

²⁸ Vgl. Alfred Müller-Armack: Soziale Irenik. Über die Möglichkeit einer die Weltanschauungen verbindenden Sozialidee, in: Ders.: Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform. 3. Aufl. Bern 1981 S. 559–578.

²⁹ Wie weit der Partei übergreifende Konsens des Parlamentarischen Rates 1948/49 bezüglich christlich-anthropologischer sowie rechts- und sozialetischer Grundsätze war, zeigt die spezifische Verankerung der Menschenwürde und des Gottesbezugs in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik; vgl. Rudolf Uertz: Christlich-demokratische Wertvorstellungen im Parlamentarischen Rat, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 15 (2008), S. 103–123; ferner Klaus Tanner: Gehört Gott in die Verfassung? Die Präambel des Grundgesetzes im Lichte der europäischen Integration, in: Evangelische Kommentare 5 (1991), S. 260–264.

³⁰ Zum Wandel der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), ihrem Verhältnis zur Katholischen Kirche, den Sozialausschüssen, dem DGB und der Christlichen Gewerkschaftsbewegung vgl. Joachim Zimmermann: Die Christlich-Sozialen und die Einheitsgewerkschaft – am Beispiel der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), in: Hanns Jürgen Küsters/Rudolf Uertz (Hg.): Christlich-Soziale im DGB. Historische und aktuelle Fragen. Sankt Augustin 2010, S. 39–51.

³¹ Vgl. Peter Heyde: Staat und Politik in evangelischer Sicht, und Gerhard Schreeb: Staat und Politik in katholischer Sicht, in: Politische Bewegungen in Deutschland. Entwicklungen, Aufbau, Ziele. Hg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bonn 1967, S. 51–81, 83–116; vgl. dagegen Rüdiger Altmann: Christliche Demokratie, in: Ders./Johannes Gross: Die neue Gesellschaft. Bemerkungen zum Zeitbewusstsein, Stuttgart 1958. Rüdiger Altmann (1922–2000) war der erste Studienleiter der 1956 gegründeten Politischen Akademie Eichholz, deren Trägerverein seit 1964 die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. ist.

³² Thomas Ellwein: Klerikalismus in der deutschen Politik. München 1955, S. 7.

³³ Vgl. Enzyklika „*Humani generis*“ Pius' XII. (1950), in welcher der Papst eine heteronome bzw. Gebotsmoral als die einzig adäquate katholische Morallehre bezeichnet und verantwortungsethische Haltungen als Situationsethik abqualifiziert.

³⁴ Bruno Heck im Bundesvorstand der CDU am 10. November 1955, in: Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957. Bearb. von Günter Buchstab. Düsseldorf 1990, S. 708.

³⁵ Vgl. Rudolf Uertz: Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965). Paderborn 2005, S. 272ff.

³⁶ Vgl. Joseph Höffner: Kirche und Partei (1947), in: Heribert Raab (Hg.): Kirche und Staat. Von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. München 1966, S. 321f.; Oswald von Nell-Breuning: Zur Programmatik christlicher Parteien. Köln 1946.

³⁷ Vgl. Hans Maier: Schriften zu Kirche und Gesellschaft. 3 Bde. Freiburg/Breisgau 1983–1985; Alexander Schwan: Christliche Wertorientierung und pluralistische Gesellschaft, in: Kirche und Gesellschaft 135 (1986), S. 3ff.; Bernhard Sutor: Kirche und Demokratie, in: Die Neue Ordnung 19 (1965), S. 47ff.

³⁸ Zur moraltheologischen Haltung der Kirche in politischen Angelegenheiten (heteronome Moral, Gebotsethik) vgl. Rudolf Uertz: CDU und CVP im Kampf um das Saarstatut 1955, in: Jörg Hentschel-Fröhlings/Guido Hitze/Florian Speer (Hg.): Gesellschaft – Region – Politik. Festschrift für Hermann de Buhr, Heinrich Küppers und Volkmar Wittmütz. Norderstadt 2006, S. 415–440.

³⁹ Vgl. Karl-Heinz Ohlig/Martin Honecker: Christlicher Glaube, Religion und moderne Gesellschaft (Vorträge und Beiträge der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung 8). Alfter-Oedekoven 1988; vgl. auch Karl-Heinz Ohlig: Die Würde der Person und ihres kritischen Denkens, in diesem Band.

⁴⁰ Vgl. Rudolf Uertz: Von den Gründungsaufrufen 1945 zu den Grundsatzprogrammen 1978 und 1994, in: Günter Buchstab (Hg.): Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU. Freiburg/Breisgau 2006, S. 94–138; zur „C“-Diskussion vgl. Dorothee Buchhaas: Die Volkspartei. Programmathe Entwicklung der CDU 1950–1973. Düsseldorf 1981, S. 205ff., 298ff., die allerdings die Entwicklung des Grundsatzprogramms der CDU von 1978 nicht mehr berücksichtigt; Wulf Schönbohm (Bearb.): Die Geschichte der CDU. Programm und Politik seit 1945. Bonn 1985.

⁴¹ Vgl. Karl Forster (Hg.): Christentum und demokratischer Sozialismus. München 1958; vgl. auch Oswald von Nell-Breuning: Christsein in der interessenpluralistischen Gesellschaft, in: Bodo B. Gemper (Hg.): Religion und Verantwortung als Elemente gesellschaftlicher Ordnung, S. 3ff.

⁴² Vgl. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, in: Günter Buchstab (Bearb.): Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Düsseldorf 1994, S. 73ff.; Rudolf Uertz: Annäherungen: Christliche Sozialethik und SPD, in: Historisch-Politische Mitteilungen 13 (2006), S. 93–120.

⁴³ Oswald von Nell-Breuning: Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre. Düsseldorf 1972, S. 90.

Vgl. auch Rudolf Uertz: Gerechtigkeit und Freiheit. O. von Nell-Breuning als politischer Denker, in: Karl Graf Ballestrem/Hans Buchheim u. a. (Hg.): Sozialethik und politische Bildung. Festschrift für Bernhard Sutor zum 65. Geburtstag. Paderborn 1995, S. 139–159.

⁴⁴ Aus der Vielzahl von Literatur vgl. Vorstand der SPD (Hg.): Der Katholik und die SPD. Bonn 1959; Ders.: Katholik und Godesberger Programm. Zur Situation nach Mater et Magistra. Bonn 1962; Willi Kreiterling: Kirche, Katholizismus, Sozialdemokratie. Von der Partnerschaft zur Partnerschaft. Bonn-Bad Godesberg 1969; Rainer Barzel: Mater et Magistra und praktische Politik. Ein Diskussionsbeitrag aus dem politischen Alltag. Osnabrück 1962; Oswald von Nell-Breuning: Mater et Magistra, in: Stimmen der Zeit 169 (1961), S. 116–128; Herbert Reichel: Mater et Magistra kein SPD-Alibi. Zur neuen SPD-Schrift, in: Gesellschaftspolitische Kommentare 9 (1962), S. 141–167; SPD: Hunde und Wölfe, in: Der Spiegel 14 (1961), S. 25f.; zum Ganzen vgl. Uertz: Annäherungen.

⁴⁵ Vgl. Richard von Weizsäcker (Hg.): CDU Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik. Bonn 1977.

⁴⁶ Zur Neuformulierung der Programmatik der CDU im Berliner Programm 1968 vgl. Rudolf Uertz: Von den Gründungsaufrufen 1945 zu den Grundsatzprogrammen 1978 und 1994.

⁴⁷ Kurt Biedenkopf (1973–1977) folgte als Generalsekretär der CDU Heiner Geißler (1977–1989). Geißler gehörte 1974 bis 1976 der Grundsatzprogrammkommission an; 1977/78 gehörte er mit Norbert Blüm, Christian Schwarz-Schilling, Gerhard Stoltenberg und Richard von Weizsäcker der Redaktionskommission des Bundesvorstandes an, deren Leitung er inne hatte. Vgl. Heiner Geißler (Hg.): Grundwerte in der Politik. Analysen und Beiträge zum Grundsatzprogramm der CDU. Frankfurt/Main 1979. Besonderen Einfluss auf die Programmatik der CDU übte Geißler durch sein Konzept „Die Neue Soziale Frage“ aus, das auch in der politischen Bildungsarbeit breite Resonanz fand. Vgl. Heiner Geißler: Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente. Freiburg/Breisgau 1975; Warnfried Dettling/Philipp Herder-Dorneich/Paul Kevenhörster: Die Neue Soziale Frage und die Zukunft der Demokratie. München 1977; Manfred Groser/Wolfgang W. Veiders: Die Neue Soziale Frage. Theoretische programmatische und ordnungspolitische Grundlagen (Forschungsbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 2). Melle 1979.

⁴⁸ Kurt Biedenkopf: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Grundlagen christlich-demokratischer Politik, in: Kurt H. Bieden-

kopf u. a.: Demokratische Gesellschaft. Konsens und Konflikt. Bd. 1. München 1975, S. 15ff.

⁴⁹ Kurt Biedenkopf: Die Politik der Unionsparteien. Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus. Bonn 1973, S. 5.

⁵⁰ Vgl. Die Zeit, 14. Dezember 1973.

⁵¹ Vgl. SPD-Pressedienst, 27. März 1974.

⁵² Vgl. Reinhard Göhner (Hg.): Politik für die Zukunft. Die CDU an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München 1993; Im Gespräch: Die CDU und das „C“. Beiträge zum grundlegenden Selbstverständnis der CDU Deutschlands (Materialien zur Grundsatzprogramm-Diskussion 3). Hg von der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Bonn 1993. Vgl. zur Programmatik auch Peter Hintze (Hg.): Die CDU-Programme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben. Bonn 1995; Thomas M. Gauly: Christliche Grundsätze in der Politik. Sankt Augustin 1995; Ders.: „Das „C“ auf dem Weg zur Randerscheinung in unserer politischen Kultur?, in: Eichholzbrief – Zeitschrift zur politischen Bildung 33 (1996), S. 86–93; zum Verhältnis Kirche und CDU vgl. Gauly: Katholiken, Machtanspruch und Machtverlust, Bonn 1991.

⁵³ Zur Entstehung des CDU-Grundsatzprogramms 2007 vgl. die Dokumentation und Materialsammlung: <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/> (Abruf: 30. Oktober 2012).

⁵⁴ Vgl. Karl Lehmann/Johannes Hempel/Renate Köcher: Grundlagen der Politik – die Bedeutung des Christlichen für unsere Gesellschaft, in: Reinhard Göhner (Hg.): Freiheit und Verantwortung. Das CDU-Grundsatzprogramm kontrovers diskutiert. München 1993, S. 37ff., 45ff., 53ff.; Volker Rühle: „Östlicher und protestantischer“. CDU-Generalsekretär Volker Rühle über die Vereinigung der Unionsparteien und gesamtdeutsche Wahlen, in: Der Spiegel, 18. Juni 1990.

⁵⁵ Günter Buchstab: Politik an Werten orientieren. Zur Geschichte der CDU-Grundsatzprogramme, in: Die Politische Meinung 437 (2006), S. 14–18, hier S. 18; vgl. Norbert Lammert: Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit. Zur Notwendigkeit von Grundsatzprogramm-Diskussionen, in: Die Politische Meinung 445 (2006), S. 27–29.

⁵⁶ Joachim Klose/Werner J. Patzelt: Christliche Werte und Politik, in: FAZ, 15. Januar 2010.

⁵⁷ Vgl. Begleitbrief von Christoph Böhr zu dem Grundsatzdokument: Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes. Hg.

von der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Berlin 2002 (<http://www.cdu.de/doc/pdfc/wertekommission.pdf>, Abruf: 30. Oktober 2012).

⁵⁸ Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung. Christliche Ethik als Orientierungshilfe. Hg. von Bernhard Vogel. Berlin 2006.

⁵⁹ Vgl. Warnfried Dettling: Der kritische Rationalismus und die Programmatik der CDU, in: Zur Programmatik der CDU. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bonn 1974, S. 79–108; kritisch Nikolaus Lobkowicz: Pragmatismus und Programm. Die CDU und der kritische Rationalismus, in: Die neue Ordnung 39 (1985), S. 104–117.

⁶⁰ Bernhard Vogel bei der Präsentation der sozialetischen Orientierungshilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin (Im Zentrum: Menschenwürde).

⁶¹ Mit anderen Worten: Die christliche Ethik und Anthropologie sind historisch betrachtet wesentlich durch die Kirchen vermittelt und bedürfen zur Erhaltung ihrer Vitalität auch institutioneller Formen; vgl. hierzu Helmut Schelsky: Ist Dauerreflexion institutionalisierbar? Zum Thema einer modernen Religionssoziologie, in: Ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. Düsseldorf 1965, S. 250–275.

⁶² Vgl. Karl-Heinz Ladeur/Ino Augsberg: Der Mythos vom neutralen Staat, in: Juristenzeitung 1 (2007), S. 12–18; Dies.: Toleranz – Religion – Recht. Die Herausforderung des neutralen Staates durch neue Formen von Religiosität in der postmodernen Gesellschaft. Tübingen 2007.

⁶³ Vgl. hierzu aktuell Wilhelm Korff: Forschungsprojekt: Gliederungssysteme angewandter Ethik, in: Christliche Sozialetik – Architektur einer jungen Disziplin. Hg. von Markus Vogt. München 2012, S. 79–94.

⁶⁴ Zum Verhältnis von Christentum und säkularem politischen Gemeinwesen vgl. Günter Buchstab/Rudolf Uertz (Hg.): Was eint Europa? Christentum und kulturelle Identität. Freiburg/Breisgau 2008.